



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 03.12.2015

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Frau Stadträtin Bopp

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Gutermann

Herr Stadtrat Hagel

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Herr Stadtrat Pfender

ab 16:06 Uhr

Herr Stadtrat Dr. Rahm

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Weber

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Funk

Herr Stadtrat Dr. Metzger

bis 17:40 Uhr

entschuldigt:

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Brenner

Frau Stadträtin Kübler

Verwaltung:

Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt ab 16:55 Uhr
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Frau Hoch, Schriftführerin
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr BM Kuhlmann, Dezernat III
Frau Länge, Ordnungsamt ab 17:20 Uhr
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Frau Schneider, ABBS
Herr Walz, Gebäudemanagement
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt
Herr BM Wersch, Dezernat II ab 16:35 Uhr

Gäste:

Herr Fritsche, Biko
Herr Mägerle, Schwäbische Zeitung

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Gesamtliste Haushaltsanträge 2016 - Anträge und Anfragen der Fraktionen	266/2015
2.	Verschiedenes - Wegfall Fußgängerüberweg in der Theodor-Heuss-Straße	

Die Mitglieder wurden am 18.11.2015 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 25.11.2015 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die in der **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 266/2015-1 zur Vorbera-
tung vor.

OB Zeidler gibt einleitend seiner Hoffnung Ausdruck, genauso schnell wie im Hauptausschuss zu
sein und zweitens den Haushalt nicht teurer zu machen.

Nr. 8: Die technische Gebäudebetreuung durch städtische Stelleninhaber wahrzunehmen

- Antrag der SPD -

StR Keil bittet darum, die städtischen Einrichtungen verstärkt durch den Wohnungswirtschafts-
betrieb zu erledigen.

BM Kuhlmann entgegnet, nicht dieser, sondern das Gebäudemanagement sei dafür verantwort-
lich und man habe gute Leute.

OB Zeidler versteht den Antrag der SPD, aufgrund der Personalkostendeckelung sei eine personel-
le Aufrüstung nicht möglich. Die Stadt könne auch nicht alle Spezialisten vorhalten, aber ein gut
ausgebildeter Hausmeister sollte in der Lage sein, seine Anlagen in Schuss zu halten.

Damit ist der Antrag erledigt.

Nr. 10: Folgekostenüberprüfung

- Antrag der Freien Wähler -

Keine Diskussion.

Nr. 12: Heizung Grundschule Rißegg

- Antrag der CDU -

StR Kolesch bittet um Prüfung, ob im Falle der Absage der Bischof-Sproll-Schule zu prüfen, ob die
Grundschule Rißegg und eventuell ein Baugebiet mit der Wärme des zukünftigen Biomassehofes
versorgt werden könnten.

BM Kuhlmann **sagt** eine Überprüfung **zu**. Der Biomassehof sei auf einem guten Weg, er gehe vom
Satzungsbeschluss Februar/März 2016 aus.

Nr. 13: Erläuterung der hohen Unterhaltskosten Wilhelm-Leger-Halle

- Antrag der CDU -

StR Kolesch hält es für problematisch, auf den Wiederbeschaffungszeitwert zu gehen. Er bitte zu
überprüfen, ob nicht die Berechnung nach den Anschaffungs- und Herstellungskosten besser sei.

Herr Walz führt aus, mit dem Ansatz Wiederbeschaffungszeitwert einer Empfehlung der KGST zu folgen, da die Anlagen so bei der WGV versichert seien.

OB Zeidler schlägt vor, für ein Gebäude beide Methoden durchzurechnen und in einer Bauausschusssitzung darzustellen.

Damit ist StR Kolesch einverstanden.

Nr. 15: Lautsprecheranlage Aula PG

- Antrag der CDU -

Keine Diskussion.

Nr. 22: Braith-Grundschule Erweiterung

- Antrag der SPD -

StR Dr. Metzger wünscht eine möglichst schnelle Lösung und erkundigt sich nach dem Verfahrensstand Erwerb Kindergarten Braithweg.

Frau Schneider teilt mit, dass Frau Emmel in Verhandlungen mit Dekan Köpff sei und das Grundstück in der Sitzung am 02.12.2015 geschätzt worden sei. Man hoffe auf ein baldiges Ergebnis.

Nr. 23: Mali-Turnhalle

- Antrag der SPD -

StR Dr. Rahm teilt mit, die SPD rechne nicht mit einem Zuschuss des Bundes, weshalb sie von 5 Millionen Kosten für ein Gebäude ausgehen, welches auch nach Sanierung noch immer problematisch sei, zum Beispiel das Flachdach. Deshalb befürwortet sie einen Neubau, der mit 7 Millionen angesetzt werde.

OB Zeidler hält entgegen, dass auch 2 Millionen viel Geld seien, er wundere sich aber nicht mehr.

StR Funk verweist auf die Beschlusslage, BM Kuhlmann habe überdies bestätigt, einen „Fast-Neubau“ zu erhalten und nur dann, wenn der Zuschuss des Bundes komme, erfolge die Sanierung, ansonsten werde der Gemeinderat wieder informiert.

Nr. 25: Aufenthaltsqualität in der Innenstadt; Antrag auf Errichtung einer Tribüne

- Antrag der CDU -

StR Kolesch ist nicht einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung, vielmehr bitte er zu prüfen, ob eventuell vor dem Stadtbach eine feste Sitzgelegenheit geschaffen werden könne. Noch mehr Stühle befürworte er nicht.

StR Heinkele begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, eine feste Tribüne stelle einen Dreckfänger dar, wie man immer an Schützen sehen könne.

Auch StRin Sonntag ist für mehr Stühle, da der offene Stadtbach als solches erlebbar bleiben sollte und nicht mit einer Tribüne zugestellt.

BM Kuhlmann ergänzt, eine feste Tribüne erfordere einen großen Aufwand beim Reinigen, bei den Stühlen erfolge diese maschinell, um eine Tribüne müsse händisch gereinigt werden, was einen höheren Kostenaufwand darstelle.

Der Antrag der CDU, eine feste Sitzgelegenheit auf dem Marktplatz zu prüfen, wird mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Nr. 26: Kreisel Friedenskirche

- Antrag der SPD -

StR Keil fragt nach, ob die Mittel für einen Umbau dotiert seien, was Herr Rechmann verneint.

Ansonsten ist dieser Punkt mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.

Nr. 27: Westlicher Marktplatz, Sperrung für Durchgangsverkehr

- Antrag der SPD -

StR Dr. Rahm erläutert, über den Antrag nicht abstimmen zu wollen, sondern damit nur die weitere Diskussionsnotwendigkeit aufrecht zu erhalten. Er kündigt einen Vorschlag der SPD für ein Verkehrskonzept Innenstadt an mit dem Ziel, einen autofreien westlichen Marktplatz zu erhalten, um so die Aufenthaltsqualität zu verbessern. An der Hochschule gab es einen interessanten Antrag des Verkehrsexperten Dr. Hupfer, Karlsruhe, zum Thema Verkehr, dessen Inhalte in einem Antrag formuliert würden.

Damit ist dieser Punkt erledigt.

Nr. 28: Ausbau Radwegenetz

- Antrag der SPD -

StR Dr. Rahm verweist auf die derzeitige Trennwirkung des Altstadtrings und auf die bestehende Lücke im Radwegenetz zwischen der Kreissparkasse und Bahnhof. Hier müsse eine Ergänzung dringend erfolgen.

Erledigt durch Stellungnahme der Verwaltung.

Nr. 30: Sanierung Fahrbahnbelag Sennhofgasse

- Antrag der CDU -

Keine Diskussion.

Nr. 31: Bushaltestelle Winterreute Schlottertal

- Antrag der CDU -

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die Bereitstellung von 16.000,00 Euro für eine Buswarte in der Änderungsliste.

Nr. 32: Infrastruktur Verkehr

- Antrag der CDU -

StR Kolesch ist mit der Antwort der Verwaltung einverstanden. Falls die Bereitstellung von Geld notwendig sei, solle die Verwaltung auf das Gremium zukommen.

Nr. 33: Grunderwerb B 312 – Verbindung Biberach – Ringschnait sowie Umfahrung Ringschnait

- Antrag der CDU -

BM Kuhlmann informiert über eine Nachfrage beim Regierungspräsidium, wonach man guter Hoffnung in den Verhandlungen mit den Landwirten sei und auf ein Ergebnis im Frühjahr 2016 hoffe. Bereits Ende 2013 wurde ein Bodengutachten erstellt, welches Mitte 2014 vorlag. Darin wurden weitere Untersuchungen gefordert, die sich als erheblich aufwendig herausstellten, deren Ergebnisse bis September 2015 vorlagen. Danach müsse die Trasse modifiziert und abweichend vom bisherigen Planfeststellungsbeschluss hergestellt werden. Deshalb werde es notwendig, weitere Grundstücke zu erwerben und mit den betroffenen Landwirten zu sprechen. Um dieses Bodenproblem lösen zu können, seien geschätzte 12 bis 13 Millionen Euro notwendig, werde die Maßnahme somit wesentlich teurer als bisher berechnet. Bei über 10 Millionen Finanzierungsaufwand sei aber die Einschaltung des Bundes erforderlich, weil ein „Gesehen“-Vermerk des Bundes benötigt werde. Im Sommer 2016 solle die Ausführungsplanung und Kostenberechnung vorliegen, diese Unterlagen müssten dem Bund vorgelegt werden, Ende 2016 rechne man mit der dortigen Zustimmung. Deshalb sei frühester Beginn der Maßnahme Frühjahr 2017. Damit verbunden seien Umleitungen notwendig, da die Maßnahme eine Vollsperrung für 1,5 bis 2 Jahre erfordere, dies müsse mit den Straßenbehörden geklärt werden. In diesem Zuge seien Maßnahmen am Jordanischen Ei vorgesehen, was zu Erleichterungen während der Umleitungsphase, aber auch für die künftigen Verkehre führen solle.

StR Kolesch sieht das Regierungspräsidium beim Grunderwerb gefordert, bittet aber um eine Forderung seitens der Verwaltung, dass man auch tatsächlich bauen könne.

Für OB Zeidler stelle sich vor allem die Forderung nach Tauschflächen als großes Thema dar.

Nr. 34: Mitteldotierung für Geh-/Radweg Zeppelinring

- Antrag der SPD -

StR Keil hält es für erforderlich, dass bei der Verwirklichung der Erweiterung des Parkhauses Ulmer-Tor die notwendigen Fuß- und Radwegeführungen vorhanden sind.

BM Kuhlmann verweist auf den städtebaulichen Rahmenplan, welcher weiterhin Grundlage für die Planungen sei und die derzeit vorhandenen Zufahrten zum Parkhaus erhalten blieben.

Nr. 46: Lehrschwimmbecken

- Antrag der SPD -

BM Kuhlmann verweist darauf, dass diese Thema im Zusammenhang mit der Entscheidung der Grundschule Talfeld stünde.

Damit ist die SPD-Fraktion einverstanden.

Nr. 47: Mittelberg-Grundschule, Planung, Sanierung schon 2017, abweichend von Investitionsplanung

- Antrag der SPD -

StR Keil verweist auf die Dringlichkeit der Sanierungsmaßnahme, da die Schule in keinem guten Zustand sei. Eventuell könne ein Planungstausch mit der Grundschule Talfeld gemacht werden.

Die Frage bleibt offen, da keine Beschluss gefasst wird.

Nr. 48: Mittelberg-Grundschule

- Antrag der CDU -

Erledigt durch Antwort der Verwaltung.

Nr. 77: Lichtsignalanlagen

- Antrag der SPD -

StR Dr. Rahm begründet den Wunsch nach einer Überprüfung mit einer Untersuchung, bei der eine statistische Auswertung an Verkehrsknotenpunkten durchgeführt wurde. Danach habe es zwar nicht mehr Unfälle gegeben, wenn die Ampelanlagen ausgeschaltet waren, im Falle eines Unfalles waren die Folgen aber schwerwiegender.

Für StR Kolesch wäre diese Untersuchung interessant, er habe den Antrag der SPD anders verstanden, wie die Verwaltung wohl auch. Seiner Fraktion sei es bereits 2010 darum gegangen, wo die Ampelanlagen früher abgeschaltet werden könnten.

StR Funk fragt an, ob es auch bei uns Zebrastreifen mit integrierten Lichtern gebe.

StR Heinkele erkundigt sich nach der schlafenden Ampelschaltung.

BM Kuhlmann verweist auf die im nächsten Jahr vorgesehene erneute Überprüfung, bei dem die Fragen aufgenommen würden und dem Ausschuss berichtet werde.

Nr. 78: Ausschilderung und Parkierungsmarkierung auf dem Gigelberg

- Antrag der Grünen -

StRin Sonntag stellt dar, dass es nicht Ziel sei, den Gigelberg in das städtische Park-Leit-System aufzunehmen, sondern nur eine bessere Kennzeichnung für die kostenfreien Parkplätze zu erreichen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig dafür, eine solche bessere Kennzeichnung vorzunehmen.

Nr. 79: Kurzzeitparkplätze am Holzmarkt

- Antrag der CDU -

StR Dr. Rahm kritisiert, durch die Schaffung von Kurzzeitparkern werde der Park-Such-Verkehr weiter erhöht und stelle sich damit kontraproduktiv dar.

StR Heinkele kann dem Antrag nicht folgen und hält es für notwendig, dann weitere Standorte zu prüfen.

StRin Sonntag pflichtet der Befürchtung der SPD bei.

StR Funk lässt wissen, die FDP wolle eine Gesamtbetrachtung dieses Themas.

StR Kolesch hält eine Prüfung durch die Verwaltung für hilfreich, angedacht sei eine „Brötchentaste“, um kurze Besorgungen wie Bäcker, Metzger anbieten zu können.

StR Pfender betont, es gebe heute schon viele Kurzzeitparker am Holzmarkt.

StR Funk entgegnet, wenn die Taktzeiten schon jetzt funktionierten, sei keine Änderung erforderlich, andernfalls sei eine Preisanpassung notwendig bzw. die Schaffung eines Gesamtkonzeptes.

Der Antrag der CDU, zu prüfen, ob fünf Parkplätze in Kurzzeitparkplätze umgewidmet werden, wird mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Nr. 84: Blumenschmuck

- Antrag der Freien Wähler -

BM Kuhlmann teilt mit, Ziel sei es, die Dienstleistungen der Stadt zu bewerben, um möglichst weitere Bürger im Altstadtbezirk zum Mitmachen bewegen zu können.

Nr. 98: Altlasten

- Antrag der Grünen -

StRin Sonntag fragt an, ob mögliche Altlasten im Bereich Vollmerstraße gleich geprüft werden könnten.

BM Kuhlmann verweist auf die Erfassung der Altlastverdachtsflächen, welche auch im GIS dargestellt seien. Die Information zu den Altlasten sei vorhanden, die Untersuchungen würden aber jeweils Vorhabensweise vorgenommen, da in jedem Einzelfall entschieden werden müsse, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen zu treffen seien.

Nr. 101: Gesundheitspolitik

- Antrag der CDU -

Mit Stellungnahme der Verwaltung im Hauptausschuss erledigt.

Nr. 103: Neue Baugebiete

- Antrag der CDU -

StR Kolesch hält mehr Anstrengungen für erforderlich, um weitere Flächen für Wohnbau zu generieren. Biberach sei eine florierende Stadt, welche zu geringe Flächen für Bauwillige habe. Deshalb solle die Verwaltung zeitnah prüfen, ob das Baugebiet Reißegger Steige – 2. Bauabschnitt und Erweiterung Weißdornweg als kurzfristige Maßnahmen durchgeführt werden könnten. Für die Reißegger Steige könne das Konzept des preiswerten Bauens weiter geführt werden.

StR Keil pflichtet dem bei, hält es aber auch für erforderlich, wie im Stadtteil Stafflangen Leerstände im Stadtgebiet zu prüfen und die Nutzung freier Flächen im Stadtgebiet zu untersuchen.

StR Braig bemängelt, dass schon jetzt Bauplätze fehlten und Baugebiete dringend gebraucht würden, aber nicht solche mit einer unseeligen Nahwärme, welche nur ein Konzept der e.wa darstellten, sondern die den Wünschen der Bauherren entsprächen.

StR Deeng bittet darum, auch die Teilorte mit zu berücksichtigen.

Für StR Funk steht fest, dass die Stadt alles kaufen müsse, was gehe, Baugebiete in Teilorten entwickeln müsse und in der Stadt vorwiegend verdichtet bauen solle.

StR Weber entgegnet, man müsse auch die Landwirtschaft berücksichtigen und er kritisiere die rambomäßige Diskussion. Er befürworte eine verdichtete Bauweise in der Stadt und Planungen auf der grünen Wiese vorsichtig anzugehen.

StR Heinkele sieht nach dem Klinikneubau ein großes innerstädtisches Potential für Wohnbau entstehen, aber bis dahin müssten weitere Anstrengungen unternommen werden.

StR Braig ist der Meinung, ein Klinikbau habe nur eine Erholungsdauer von 30 Jahren, dann bräuchte man wieder Flächen für den Ersatz.

StR Kolesch hält einen sinnvollen Mix von Geschosswohnungsbau und Einfamilienhäusern auch in der Kernstadt für erforderlich und die Bereitstellung von Wohnbaulandflächen für wichtig. Die Stadt solle auch auf anderen Gemarkungen Grundstücke kaufen, um Tauschflächen zu haben.

Er fragt an, ob es in Sachen Klinikaltbau neue Erkenntnisse gebe, da ihn die Aussage Herrn Millers in der Schwäbischen Zeitung irritiere „was mit dem alten Gebäude passiere, stehe noch in den

Sternen“. Er gehe fest davon aus, dass die Klinikflächen nach dem Neubau 2019 der Stadt zur Verfügung stehen.

BM Kuhlmann verweist auf das Stadtentwicklungskonzept und bestätigt die Problematik, bis 2017 kein weiteres Bauland zu haben, da die Erweiterung Talfeld weggefallen sei.

Der Antrag der CDU, zeitnah die Umsetzung des Baugebiets Reißegger Steige, 2. Bauabschnitt sowie eine Erweiterung des Baugebiets Weißdornweg zu prüfen, wird mit 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig, den Haushaltsplan 2016 zu genehmigen.

**TOP 2 Verschiedenes - Wegfall Fußgängerüberweg in der
Theodor-Heuss-Straße**

StR Deeng moniert es gebe lediglich noch eine Querungshilfe. Er bitte um nochmalige Überprüfung, ob der Zebrastreifen nicht belassen werden könne.

Frau Länge teilt mit, dass Querungszahlen erhoben worden seien, weshalb der obere Fußgängerüberweg belassen wurde, da die Zahlen dort höher waren. Überdies seien die Anfahrt-Sichten auf den fraglichen Bereich erschwert, weshalb der Wegfall auch aus Sicherheitsgründen erfolge. Überdies seien Kinder im Kindergartenalter, eventuell sogar Grundschüler nicht in der Lage, die Straße alleine zu queren, dies obliege der Aufsichtspflicht der Eltern.

OB Zeidler stellt fest, die Stadt mache sich haftbar, wenn entgegen fehlender Sichten ein Fußgängerweg angelegt werde.

StR Weber hält die Theodor-Heuss-Straße für sicherer, seit die Erneuerung erfolgt sei.

Bauausschuss, 03.12.2015, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Hoch

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann